



## Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

**11. März 2022**, 16:30 Uhr

**öffentlich**

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer: Frank Humpfer

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

## TOP 1 Aktuelle Information zur Integrierten Leitstelle Karlsruhe (ILS)

**Die Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und ruft TOP 1 auf.

**Stefan Sebold (Leiter der ILS)** hält eine Präsentation zur Vertiefung der Informationsvorlage zur ILS. Es werden Aspekte des aktuellen Betriebs, der Aufbau der Redundanzleitstelle sowie die Herausforderungen der Zukunft dargelegt.

**Die Vorsitzende** ruft die vorgebrachten Wortmeldungen auf. Die dabei vorgetragenen Fragen beziehen sich auf den Personalkörper der ILS mit den unterschiedlichen Trägern, die Gestaltung des Arbeitsalltags mit Erholungszeiten, die Herausforderungen neuer Technik für die Mitarbeitenden, die Voraussetzungen für die Arbeit als Disponent beziehungsweise Disponentin sowie den Frauenanteil.

**Stefan Sebold** beschreibt die kooperative Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger der Leitstelle und der von den Trägern angestellten oder verbeamteten Mitarbeitenden. Der Personalbedarf wurde anhand einer Berechnung von einem externen Gutachter ermittelt und ergibt sich auch aus der sogenannten Tagesgangkurve. Diese beschreibt die unterschiedliche Arbeitslast zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. In dem neuen Gebäude der ILS wurden viele Rückzugs- und Erholungsmöglichkeiten geschaffen, die in den Bereitschafts- und Pausenzeiten wahrgenommen werden können. Dies sind zum Beispiel mit sogenannten Relax-Stühlen ausgestattete Fernsehräume, Sportmöglichkeiten und eine professionelle Küche mit Pausenraum. Nach belastenden Notrufen werden Supervisionen und Einsatznachbereitungen angeboten.

Neue Technik kann positive, aber auch erschwerende Randbedingungen mit sich bringen. So ist das Aufkommen von böswilligem Notrufmissbrauch nach Abschaffung der Notrufmöglichkeit für Mobiltelefone ohne Sim-Karte deutlich zurück gegangen. Die Einführung der digitalen Telefonie beim Notruf (VoIP) hat den Vorteil einer automatischen Umleitung bei Ausfall der Notrufleitung 112, die Sprachqualität ist aber zum Teil schlechter als bei der alten analogen Telefonie.

Die notwendigen Ausbildungen und Erfahrungen zur Tätigkeit in der Integrierten Leitstelle werden von Herr Sebold beschrieben. Diese sind mit einer abgeschlossenen Ausbildung zum Notfallsanitäter oder Notfallsanitäterin für Angehörige des Rettungsdienstes sowie einer abgeschlossenen Laufbahnausbildung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst inklusive Rettungsanitäter beziehungsweise Rettungsanitäterin für Angehörige der Feuerwehr hoch angesetzt. Diese Voraussetzungen müssen mit einer speziellen Ausbildung für Leitstellendisponenten und Leitstellendisponentinnen ergänzt werden. Der Frauenanteil ist mit vier Mitarbeiterinnen noch relativ gering.

Des Weiteren wurden Fragen zur Redundanzleitstelle und deren personellen Besetzung im Bedarfsfall, der Kommunikationsstruktur im Einsatz zwischen den unterschiedlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, der Herausforderungen bei der Einführung des Digitalfunk-BOS sowie der möglichen Steigerung der Attraktivität der Arbeit als Disponent und Disponentin gestellt. Es wird nach der Übergabe der Aufgaben des Kassenärztlichen Notdienstes an die Kassenärztliche Vereinigung und den möglichen Folgen gefragt.

**Stefan Sebold** beschreibt den Zweck der Redundanzleitstelle in Bruchsal und die mögliche zeitnahe Inbetriebnahme. Die Kommunikationsstruktur im Fahrzeugfunk von Feuerwehr und Rettungsdienst mit getrennten Kanälen, um die Auslastung auch bei größeren Einsätzen nicht zu überschreiten, wird erläutert. Dies wird von Herrn Geldner nochmals aus Sicht der Feuerwehr ergänzt. Die Einführung des Digitalfunk-BOS hängt entscheidend von der Leitstellenanbindung mit besonderen Leistungsmerkmalen ab. Diese soll redundant über zwei unabhängige Wege erfolgen. Bis jetzt konnte von den Leistungsprovidern und den zuständigen Landesstellen keine stabile Anbindung an den zweiten Vermittlungspunkt realisiert werden. Die Technische Leitung der ILS arbeitet intensiv daran, dies zum Erfolg zu führen. Neben der Leitstellenanbindung müssen eine Vielzahl an Funkteilnehmende mit Endgeräten ausgestattet und das Personal geschult werden. Insgesamt handelt es sich damit um ein großes Projekt.

**Stefan Sebold** beschreibt, dass eine gute Bezahlung allein nicht mehr für eine ausreichende Attraktivität einer Arbeitsstelle ausreicht. Das Betriebsklima sowie die sonstigen Randbedingungen wie Dienstplangestaltung, Sportmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen spielen bei der jüngeren Generation eine große Rolle. Hierfür wurden in der Vergangenheit schon große Schritte unternommen, eine Weiterentwicklung ist aber dennoch notwendig. Die Aufgaben der Anrufannahme und Einsatzvergabe des Kassenärztlichen Notdienstes wird im April vollständig von dem dafür eingerichteten Callcenter in Bruchsal übernommen. Inwieweit damit neue Schnittstellenprobleme entstehen, muss beobachtet werden.

**Die Vorsitzende** bedankt sich für den Vortrag und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Frank Humpfer  
Protokollführer

**Protokoll**

**Ausschuss für öffentliche Einrichtungen**

**11. März 2022, 16:30 Uhr**

**öffentlich**

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Julia Werdermann

**TOP 2 Umzäunte Hundenauslauffläche**

2.1 Sachstandsbericht zu Prüfflächen und weiteres Vorgehen (Bericht)

2.2 Hundenauslauffläche in die Günther-Klotz-Anlage verlagern - Antrag der CDU v. 27.01.2022 (Vorlage)

**Die Vorsitzende** ruft Top 2 auf.

**Doris Fath, Amtsleiterin (GBA)** präsentiert den Sachstand zur Flächenprüfung der umzäunten Hundenauslauffläche. Von den 25 geprüften Flächen kommen nach Einschätzung der beteiligten Fachämter und der Bürgervereine nur vier Flächen für eine Umzäunung in Frage. Eine weitere Prüfung hinsichtlich FFH-Verträglichkeit und Lärmschutz ist gegebenenfalls notwendig.

**Die Vorsitzende** dankt dem Gartenbauamt für die rasche Bearbeitung und verweist auf den Zeitaufwand der nötigen Prüfungen. Ein Lärmgutachten, wie es am Schloss Gottesaue aufgrund der Musikhochschule nötig wäre, kann vermutlich frühestens in der Sitzung im Mai vorliegen.

**Stadtrat Thomas H. Hock (FDP)** bedankt sich für die schnelle Bearbeitung. Die Testfläche in der Hildapromenade war nicht erfolgreich - hat aber verdeutlicht, dass eine derartige Hundenauslauffläche in Karlsruhe erforderlich ist. Die gemachten Fehler sollten nicht wiederholt werden. Von den vorgeschlagenen Flächen liegt die Präferenz am Schloss Gottesaue in der Oststadt, ist aber abhängig von der Musikhochschule. Dort wo Wohnbebauung zu nah ist, wird es immer Probleme geben. In Durlach würde es sofort zu Einwänden kommen. Eines ist klar: das Pilotprojekt muss umgesetzt werden, aber es gilt als Voraussetzung eine gute Planung.

**Stadtrat Michael Zeh (SPD):** Die SPD Fraktion freut sich, dass es schnell ging. Die Prüfung muss weiter vertieft werden. Ein gewisser Vorzug liegt bei innenstadtnahen Flächen, also Kühler Krug oder Schloss Gottesaue. Ein „Hin und Her“ wie beim letzten Mal kann man sich nicht mehr erlauben.

**Stadträtin Petra Lorenz (FW|FÜR)** sagt, dass sie mehrere Ortstermine mit dem Gartenbauamt hatte und freut sich über den Fortgang. Die Fiduciastraße in Durlach schließt sich wegen der Lärmkulisse aus. Die Präferenz liegt ganz klar beim Schloss

Gottesau; ein Lärmgutachten wird aus ihrer Seite nicht als notwendig angesehen, da sich auf der Rückseite des Gebäudes nur Lagerräume befänden. Wenn man vor Ort am Schloss Gottesau ist, sieht man, dass sich viele Menschen für die Hunde interessieren. Eine eingezäunte Fläche ist zu wenig. Es kann zu Spitzenzeiten mit 40 bis 60 Hunden auf der Fläche gerechnet werden. Mittelfristig sollten 2 bis 3 Flächen eingezäunt werden. Von Seiten der Hundebesitzer ist Bereitschaft zur Übernahme der Kosten vorhanden. Zum Beispiel würde sich neben der Oststadt die Fläche an der Alb anbieten. Die vierte Fläche in Bulach bietet wahrscheinlich am wenigsten Angriffsfläche und könnte am schnellsten umgesetzt werden. Aber die Präferenz liegt in der Oststadt.

**Stadtrat Michael Borner (GRÜNE)** erläutert, dass die Fiduciastraße in Durlach kritisch gesehen wird. Wird die Fläche am Kühlen Krug eventuell für das Fest genutzt? Präferenz liegt am Schloss Gottesau.

**Stadträtin Dr. Rahsan Dohgan (CDU)** dankt für die rasche Prüfung und die Abfrage der Bürgervereine. Es sei wichtig, sie mitzunehmen. Die von den Bürgervereinen abgelehnten Flächen brauchen nicht mehr weiterverfolgt werden. Die Fraktion präferiert die Fläche im Albgrün am Kühlen Krug; vor allem wegen ausreichendem Abstand zur Wohnbebauung und zentraler Lage. Die Lage im FFH-Gebiet wird als durchaus machbar angesehen. Als längerfristige Lösung sehen sie auch das Schloss Gottesau. Die Fiduciastraße wird wegen der Nähe der Wohnbebauung abgelehnt. Im Unterweingartenfeld spricht die Dezentralität dagegen.

**Stadtrat Oliver Schnell (AfD)** sagt, die FFH-Verträglichkeitsvorprüfung schnell zu bewerkstelligen, wäre die erste Präferenz, auch weil die Fläche am Kühlen Krug groß genug ist für den Andrang. Wenn die Prüfung ergibt, dass eine Umzäunung am Standort problematisch ist, dann wäre die Fläche im Unterweingartenfeld am schnellsten umsetzbar. Dritte Präferenz ist am Schloss Gottesau.

**Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.)** sagt, viele Hundebesitzer kommen mit Autos, wie viel parkende Autos verträgt welche dieser Anlagen? Sie plädiert für mehr Flächen, um dem Hundetourismus entgegen zu wirken. Eine Präferenz hat sie nicht. Frage zu FFH-Gebiet: Woran könnte das Vorhaben scheitern?

**Stadtrat Detlef Hofmann (CDU):** Die Fläche im Albgrün ist jetzt schon eine Hundenauslauffläche. Was sollte sich mit der Einzäunung verändern? Er sieht die Gefahr beim Schloss Gottesau, dass aufgrund der Aussagen des Lärmgutachtens die Einfriedung an der Musikhochschule nicht genehmigt würde. Die Hildapromenade hat gezeigt, wie groß der Bedarf ist, deshalb sollten zwei Flächen eingezäunt werden.

**Stadtrat Michael Borner (GRÜNE)** weist darauf hin, dass man im Kontakt mit Herrn Gold von der Bürgerinitiative ist. Es gibt eine Spendenzusage für die Einzäunung im Falle, dass diese am Schloss Gottesau errichtet werden sollte.

**Die Vorsitzende** äußert sich zu den Finanzen. Es geht dabei auch um die Unterhaltung der eingezäunten Fläche, nicht nur um die Errichtung des Zauns. Langfristig muss der Zaun zudem in optisch ansprechender Form errichtet werden. Spenden sind gern gesehen, dürfen aber nicht zu Investitionen führen, die wiederum langfristige Belastungen auf Seiten der Verwaltung nach sich ziehen.

**Doris Fath (GBA)** erläutert zu den FFH-Gebieten: Die Flora-Fauna-Habitat-Gebiete sind Schutzgebiete für schutzwürdige Arten und Habitate. Deren Zustand soll erhalten und optimiert werden. Gemeinden sind angehalten, dafür Sorge zu tragen, dass sich der Gebietszustand nicht verschlechtert. Die Flora ist vorab vom GBA begutachtet worden und nach erster Einschätzung nicht betroffen. Was die Fauna betrifft, muss bedacht werden, dass sich die Verhältnisse durch eine Einzäunung verändern. Auf der Wiese im Albgrün gibt es einen alten Baumbestand, der beispielsweise Höhlungen für Fledermäuse und Nistmöglichkeiten für Vögel aufweisen könnte. Vögel und Fledermäuse könnten durch zunehmendes Hundegebell gestört werden.

**Stadträtin Petra Lorenz (FW|FÜR):** Weshalb wurde das Lärmschutzgutachten beim Zaun in der Hildapromenade nicht benötigt? Welche Unterhaltungskosten sind gemeint?

**Die Vorsitzende:** Ein Lärmschutzgutachten wäre sicherlich sinnvoll gewesen. Man ist von einer deutlich niedrigeren Frequenz ausgegangen, der Zulauf wurde unterschätzt. Daraus hat man gelernt und jetzt die Absprache mit dem ZJD gesucht. Eine Klage gegen eine solche Fläche wäre erfolgreich, deshalb wurde der Zaun schnell abgebaut.

Die Verwaltung hat die Zusage für eine Testfläche gegeben. Der aktuelle Haushalt und die erforderlichen Sparmaßnahmen stehen weiteren Umzäunungen von Flächen entgegen. Das Pilotprojekt soll vorab Erkenntnisse bringen. Wenn weitere Flächen gewünscht werden, müssen diese im Zug der nächsten Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Sie fasst zusammen, dass Durlach mehrheitlich nicht gewünscht ist. Beiertheim-Bulach hat auch keine Priorität. Das Schloss Gottesau soll mittels eines extern beauftragten Lärmgutachtens geprüft werden. Eine FFH-Verträglichkeitsvorprüfung für die Fläche im Albgrün gegenüber dem Kühlen Krug erfolgt durch die Verwaltung. Je nach Prüfungsfortschritt werden die Ergebnisse in den kommenden Ausschusssitzungen wieder vorgestellt.

**Stadtrat Oliver Schnell (AfD)** präzisiert, er präferiert den Kühlen Krug, wenn das nicht geht, wäre Unterweingartenfeld seine Präferenz.

**Die Vorsitzende stellt die** Frage an die antragstellende CDU, ob eine Befassung des Antrags im Gemeinderat gewünscht wird, dies wird zum jetzigen Zeitpunkt verneint. Wenn das Thema im Gemeinderat entschieden wird, soll auch der CDU-Antrag aufgerufen werden.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Julia Werdermann  
Protokollführerin

## Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

**11. März 2022**, 16:30 Uhr

**öffentlich**

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer: Joachim Naß

### TOP 3      **Perspektiven der Wertstofffassung in Karlsruhe**

#### TOP 3.1      **Sachstandsbericht zum Verhandlungsstand mit den Betreibern Dualer Systeme (BDS) und zum weiteren Vorgehen (Vorlage)**

**Die Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage und führt kurz in das Thema ein, indem sie auf die Gespräche mit Landbell verweist und auf die Tatsache, dass die angestrebte Sortieranalyse eine Chance bietet, ein besseres Ergebnis als die bisher angebotenen 49,5% zu erhalten. Für den Herbst 2022 ist dann eine erneute Entscheidungsvorlage geplant.

**Stadträtin Christine Weber (GRÜNE)** möchte wissen, was man im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit plant, um die Fehlwürfe zu verringern.

**Stadtrat Detlef Hofmann (CDU)** kann aus der Vorlage keine neuen Erkenntnisse ziehen. Das Grundproblem ist aus seiner Sicht, dass eine Gelbe Tonne noch mehr Probleme machen würde, da die Karlsruher Bürger\*innen die SNVP nicht richtig entsorgen.

**Stadtrat Thomas Hock (FDP)** führt aus, dass die damalige Aussage, die Gelbe Tonne wäre alternativlos, sich im Nachgang nun als doch nicht richtig erwiesen hat. Das Vertrauensverhältnis zwischen Stadtverwaltung und BDS war gestört. Mit der Verhandlung des OB könnte nun doch eine Wertstofftonne möglich werden. Nun gilt es, ein gutes Angebot für eine Wertstofftonne nachzuverhandeln und die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, die Fehlwürfe zu reduzieren.

**Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE)** vermutet, dass die schlechte Qualität im Wertstoffbereich mit einem zu geringen Restmüllvolumen zusammenhängt.

**Die Vorsitzende** verweist darauf, dass zu diesem Thema ein konstruktiver Dialog mit den großen Wohnungsverwaltungsgesellschaften geführt wird. Außerdem verweist sie auf das aktuelle Bechippungsprojekt, in dessen Rahmen auch das Volumen der Restmüllbehälter überprüft und bei zu geringem Volumen nachgesteuert werde. Das AfA macht zum Thema Mülltrennung viel Öffentlichkeitsarbeit, wobei auch eine Vielfalt an Medien bespielt werden.

Zu Herrn Hoffmann ergänzt sie, dass bei der gemischten Wertstofftonne auch die SNVP in der Tonne entsorgt werden dürfen.

**Stadtrat Micheal Zeh (SPD)** kann die Ausführungen der Stadträte Detlef Hofmann und Thomas Hock nicht teilen. Die Stadt wird im Unterschied zu heute, ob mit Gelber Tonne

oder mit einer Wertstofftonne unter der Federführung der BDS, Arbeitsplätze verlieren. Die Stadt kann hier nicht wettbewerbsfähig anbieten.

**Stadtrat Oliver Schnell (AfD)** sieht wenig Hoffnung auf eine Änderung hinsichtlich der Fehlwürfe und der Trennmoral. Diejenigen, die sortieren, zahlen letztendlich die Zeche.

**Die Vorsitzende** widerspricht der Aussage von Herrn Stadtrat Hock, dass die Verwaltung den Gemeinderat getäuscht habe, um eine Gelbe Tonne einzuführen. Die BDS hatten noch im Juli 2021 die Einführung einer gemeinsamen Wertstofftonne abgelehnt. **Die Vorsitzende** räumt ein, dass die Verwaltung in der Kommunikation mit der Kommunalpolitik stark auf die eigene Verhandlungssituation mit BDS fokussiert war. Aus heutiger Sicht wäre es sinnvoll gewesen, den Gemeinderat auch umfassend darüber zu informieren, was in anderen Gebietskörperschaften aus welchen Gründen möglich ist. Dies sei zwischenzeitlich aber nachgeholt worden. Auch habe die Verwaltung den Gemeinderat immer korrekt informiert und keinerlei Fehlinformationen verbreitet.

**Stadtrat Detlef Hofmann (CDU)** stellt fest, dass es jetzt gilt, die Sortieranalyse abzuwarten. Die angedachte Beratung der Infovorlage und des interfraktionellen Antrages am 29.3.22 im Gemeinderat erachtet er nicht als notwendig und bittet darum, den Antrag dann auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn das Thema nach erfolgter Sortieranalyse erneut im Gemeinderat aufgerufen wird.

**Die Vorsitzende** stellt fest, dass dem Vorschlag von Stadtrat Hoffmann niemand widerspricht und sagt Umsetzung zu.

**Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR)** regt an, darüber nachzudenken, ob nicht neben der Restmülltonne auch andere Abfallbehälter gebührenpflichtig werden könnten.

**Amtsleiter Olaf Backhaus (AfA)** erläutert, dass Karlsruhe bisher mit der Pauschalgebühr gut gefahren sei und hier eine Änderung - z. B. durch Einführen einer Grund- und Leerungsgebühr - zu einer Überforderung bzw. Unverständnis der Bürgerinnen und Bürger führen könnte.

**Christine Großmann (GRÜNE)** betont, dass eine Verbesserung des Ist-Zustandes nur über eine gute Kommunikation möglich ist und bittet darum, dass der Ausschuss regelmäßig informiert wird.

**Die Vorsitzende** bedankt sich für die Diskussion.

**TOP 3.2      Neuabstimmung über TOP 14 und TOP 15 der Gemeinderatssitzung vom 27.07.2021 (Wertstofftonne) – Interfraktioneller Antrag der Fraktionen aus FDP, CDU, KAL/Die Partei und FW/FÜR v. 29.9.2021**

**Die Vorsitzende** verweist auf den Sachstand und auf die Diskussion zu TOP 3.1. Der interfraktionelle Antrag wird nicht in der Gemeinderatssitzung am 29.3. beraten.

**TOP 4            Verschiedenes**

**Die Vorsitzende** informiert über die Pressevorstellung des neuen Leit- und Informationssystems am 24.6., hierzu wird eingeladen.

**Die Vorsitzende** informiert zum Projektsachstand zur Nachnutzung der Alten Feuerwache (s. Anlage).

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird die Sitzung geschlossen.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Joachim Naß  
Protokollführer

**Protokoll**

**Ausschuss für öffentliche Einrichtungen**

**11. März 2022, 16:30 Uhr**

**öffentlich**

Bürgersaal. Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Anja Ecke

**TOP 5            Öffentliche Straßenbeleuchtung - Anpassung der Strategie zur Änderung der Lichtfarbe aufgrund des Naturschutzgesetzes**

**Die Vorsitzende** ruft den Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Christine Großmann (GRÜNE)** fragt nach weiteren insektenfreundlichen Lichtfarben.

**Herr Manfred Weiß (Stadtwerke Kommunale Dienste GmbH)** erläutert, dass die Lichtfarbe durch eine Farbtemperatur, ausgedrückt in der Einheit Kelvin, beschrieben werden könne. LEDs seien in verschiedenen Farbtemperaturen verfügbar, es gebe auch LEDs mit geringeren Farbtemperaturen als 3.000 Kelvin, die also noch wärmeres Licht aussenden. Es bestehe jedoch ein Zusammenhang zwischen der Lichtfarbe und dem Energieverbrauch. So führe die Reduktion der Farbtemperatur von 4.000 Kelvin auf beispielsweise 2.200 oder 2.000 Kelvin zu einem erhöhten Energieverbrauch in einer Größenordnung von 40 bis 50 Prozent. Die Reduktion von 4.000 Kelvin auf 3.000 Kelvin führe dagegen nur zu einem Mehrverbrauch an Energie von etwa sechs bis acht Prozent. Vor dem Hintergrund des im Klimaschutzkonzept erklärten Ziels der Energieeinsparung durch LED-Umrüstung sei die Wahl der Farbtemperatur von 3.000 Kelvin ein guter Kompromiss.

**Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.)** interessiert sich für die Dimmfunktion von Leuchten und deren Anfälligkeit. Sie fragt in diesem Zusammenhang, ob statt einer womöglich anfälligen Dimmfunktion nicht beispielsweise bewegungsabhängige Lösungen bevorzugt werden sollten, bei denen die Leuchten einen großen Teil der Nacht ausgeschaltet seien.

**Stadträtin Christine Weber (GRÜNE)** fragt nach der stadtweiten Verteilung der Lichtfarben und in diesem Zusammenhang nach dem Vorgehen bei der Umsetzung zur Vermeidung eines Durcheinanders bei den verwendeten Lichtfarben.

**Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU)** greift erneut das Thema der Dimmfunktion auf. Sie sehe die Dimmfunktion vor dem Hintergrund möglicher Unfälle aufgrund einer unzureichenden Beleuchtung kritisch. Die Menschen müssen sich weiterhin sicher bewegen können.

**Herr Manfred Weiß (Stadtwerke Kommunale Dienste GmbH)** berichtet, dass bereits alle LED-Leuchten so beschafft werden, dass eine Dimmung per Steuerader auf 50 Prozent realisierbar sei. Bei der Dimmung per Steuerader handle es sich um eine robuste Funktion, die keinen Einfluss auf die zu erwartende Lebensdauer habe. Diese liege bei den Leuchten bei etwa 25 Jahren und den Vorschaltgeräten bei etwa 12 Jahren. Light on Demand-Lösungen seien dagegen aufgrund der Elektronik und Sensorik erfahrungsgemäß anfälliger. Außerdem bestehe keine dauerhafte Garantie für die Konnektivität der Systeme beziehungsweise Software. Daher bevorzuge man auch im Hinblick auf die Daseinsvorsorge derzeit die sichere und stabile Lösung der Dimmung per Steuerader. Zum Thema Verkehrssicherungspflicht erklärt er, dass eine Dimmung auch mit Blick auf die Norm möglich sei, wenn beispielsweise das Verkehrsaufkommen und die Schwierigkeit der Fahraufgabe nachts abnehme und die Gleichmäßigkeit der Beleuchtung erhalten bleibe. So werde eine Nachtabsenkung bereits heute an einigen Stellen, an denen die normativen Vorgaben dazu erfüllt werden, praktiziert. Ein Vorschlag zur Ausweitung befinde sich in Vorbereitung. Zum Vorgehen bei der Strategieumsetzung erläutert er, dass aus Nachhaltigkeitsgründen zunächst die ohnehin zu erneuernden Leuchten beziehungsweise Lampen auf die neue Lichtfarbe (3.000 Kelvin) umgestellt werden sollen. Dabei sei das Bestreben, zumindest einzelne Streckenabschnitte oder Straßenzüge (Ortsteile funktionieren nicht) komplett in der neuen Lichtfarbe auszuführen und abgebaute, funktionierende Leuchten/Lampen zu lagern, um sie zum Beispiel für Einzelreparaturen an anderer Stelle zu verwenden. Gegebenenfalls werde es in besonderen Fällen auch

Abstimmungen mit beispielsweise dem Umwelt- und Arbeitsschutz oder dem Zentralen Juristischen Dienst geben.

Beschluss: Der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen nimmt von der Vorlage Kenntnis

**TOP 6          Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach  
Sitzungsleiterin

gez. Anja Ecke  
Protokollführer(in)